



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ladenburg, Eduard: Die Monopolisierung des Getreidehandels

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

größten Großagrarien bis zum kleinsten Hüttner und die hehrste Opferwilligkeit die Gefahr nur für kurze Zeit bannen können, wenn unsere Kraftquellen verschüttet bleiben.

Deshalb: nicht unbedacht fordern und schmälern! Verprügelte Pferde ziehen keine schwere Last! Aber die deutsche Landwirtschaft, die bis heute 70 Prozent ihrer Manneskraft hergegeben und trotzdem die deutsche Scholle nicht hat veröden lassen, sie sollte nicht der ganzen Welt trotzen können, wenn ihr Recht wird?

Ihr Städter, helft! Wir wollen und wir können; aber nicht ohne Euer Vertrauen und ohne Euer Mitwirken, denn wir sind eines Leibes Glieder. Und alle Teufel der Welt werden diesen Riesenleib nicht verschlingen, so lange er sich bewußt bleibt, daß er sich stets aus Bauernmarkt verjüngen kann und muß. Dann muß das Reich uns bleiben!



Die Monopolisierung des Getreidehandels

Von Eduard Ladenburg



Als im Juli des Jahres 1914 sich am politischen Horizonte Wolken zusammenzogen, da machte sich das besonders an den deutschen Börsen bemerkbar. Wie es in der Natur der Sache liegt, reagierte die Fondsbörse auf die Zuspizung der politischen Lage mit einem Rückgang der Kurse, die Berliner Getreidebörse dagegen mit einer beträchtlichen Steigerung der Preise. Diese entgegengesetzte Tendenz ist durchaus erklärlich. In politisch bewegten Zeiten sucht der Kapitalist sich nach Möglichkeit seines Besitzes an Effekten zu entledigen oder ihn doch der Zahl nach zu verringern. Der Warenhändler dagegen ist bestrebt, seine Vorräte so viel wie möglich zu vermehren. Stand doch im Juli bei einer kriegerischen Verwicklung eine Preiserhöhung für alle Lebensmittel in Aussicht und das reizte naturgemäß die Kaufleute zur Anschaffung. Die Folge davon war ein ständiges Anziehen der Notierungen, und diese Tendenz verschärfte sich immer mehr, als die Mobilmachung verkündet wurde. Es kam damals zu ganz ungewöhnlichen Preistreibern, namentlich an der Berliner Getreidebörse. Die Ursachen hierfür sind in erster Reihe in der recht erheblichen Spekulations-tätigkeit Berliner und auswärtiger Händler zu suchen, die durch umfangreiche Käufe unnötigerweise die ohnehin gespannte Situation verschärfen. Denn in der Hoffnung auf weiteren Gewinn aus Preisdifferenzen wurden immer neue Abschlässe weit über den Bedarf hinaus getätigt. Hinzu kam, daß damals der

Einkauf der Behörden noch nicht geregelt war, so daß sich am Berliner Markte die einzelnen Proviantämter und die Stadtverwaltungen untereinander beim Einkauf Wettbewerb machten. Dabei wurden von seiten der Behörden einzelnen Firmen oft Lieferaufträge mit einer sehr kurzen Lieferfrist erteilt, wodurch die Situation erheblich erschwert wurde. Ob alle die Firmen, die im ersten Kriegsjahre Einkäufe für Behörden ausgeführt haben, dabei immer nur das Interesse des Vaterlandes im Auge gehabt haben, wird ja noch amtlich festgestellt werden, sobald die angekündigte Nachprüfung der Kriegslieferungen erfolgt. Vielleicht wird sich dann zeigen, daß die Liefergewinne, die einige Firmen während des Krieges erzielt haben, zu einem großen Teil auf den Heeresaufträgen während der Mobilmachung basieren. Leider besaß Deutschland damals noch nicht das Gesetz gegen die übermäßige Preissteigerung, das erst nach zwei Kriegsjahren bei uns zur Einführung gelangte. Vor Erlaß dieses Gesetzes war der Getreidehandel nicht daran gehindert, zu Tagespreisen zu verkaufen ohne Rücksicht auf den niedrigen Einkaufspreis. War der Tagespreis für Weizen z. B. 260 Mark, so verlangte jeder Warenbesitzer diesen Preis für seinen Weizen ohne Rücksicht darauf, ob ihn die Ware beim Einkauf 190 Mark oder 240 Mark gekostet hatte. Dieses Aufgeld auf den Anschaffungspreis hat in erheblichem Umfange zu den übermäßigen Bereicherungen einzelner Händler beigetragen, wodurch das Ansehen des gesamten Getreidehandels empfindlich geschädigt wurde. Ja nicht nur das: Händler, die Ware zu sehr niedrigen Preisen auf Lager hatten, lieferten diese ohne Rücksicht auf Gewinn zu den Tagespreisen an Behörden ab und erhielten womöglich noch für die Beschaffung der Ware eine Provision gezahlt, da die Behörden damals nicht in der Lage waren, in eine Prüfung der Preise einzutreten.

Verhältnismäßig lange hat die Reichsregierung den Treibereien am Getreidemarkt zusehen, ohne einzuschreiten. Sie glaubte zunächst, da sie sich über die Dauer des Krieges und seine wirtschaftlichen Folgen noch im Unklaren war, sich auf die Aufhebung des Zeithandels beschränken zu sollen. Damit sollte die Spekulationstätigkeit am Getreidemarkt ausgeschaltet und allzu große Preistreibereien vermieden werden. Die Aufhebung des Zeithandels bei Kriegsausbruch war ein Gebot der Notwendigkeit; aber das reichte bei weitem nicht aus. Die Notierungen wurden immer höher und nichts charakterisierte die Auffassung, die damals in gewissen — nicht in allen — Kreisen des Berliner Getreidehandels herrschte, als die Bemerkung eines Vorstandsmitgliedes der Berliner Börse: „In diesen Zeiten muß man verdienen.“ Zwar hat später gelegentlich einer Veröffentlichung dieser Bemerkung der Vorstand des „Vereins der Getreidehändler“ erklärt, daß er diesen Ausdruck mißbilligte. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß er einer amtlichen Stelle gegenüber getan wurde und deutlich die Anschauung einiger leitender Männer charakterisierte.

Es hat naturgemäß auch an der Berliner Produktenbörse nicht an einsichtigen Männern gefehlt, denen das Wohl des Vaterlandes bei Kriegsausbruch

höher stand, als ihr eigenes Interesse. Aber man kann nicht behaupten, daß sich diese Männer in der Mehrzahl befunden haben. Im Gegenteil, sie standen abseits der großen Menge und beteiligten sich nicht am Geschäft. Sie mußten zusehen, wie diejenigen, die ihre Auffassung nicht teilten, Millionenumsätze buchen konnten. Die Mehrzahl der maßgebenden Männer hatte damals nicht die genügende volkswirtschaftliche Einsicht. Nur so erklärt es sich, daß an der Getreidebörse nichts erfolgte, um den schädlichen Preistreibereien Einhalt zu tun, um vor allem das Interesse des deutschen Konsums zu schützen. Ja, es gab sogar Männer, die sich nicht scheuten, auszusprechen, „daß, je teurer das Getreide sei, um so mehr schränke sich der Konsum ein und daß eine solche Politik im Interesse unserer Kriegswirtschaft liege“. Die Getreidebörse war nicht der einzige Ort, wo man solchen falschen Theorien vertraute. Es ist bekannt, daß auch an anderen Stellen der Vorschlag gemacht wurde, „man solle den Getreidepreis noch 50 Mark pro Tonne steigen lassen und das Ernährungsproblem sei gelöst“. Auf das völlig Unsoziale dieser Vorschläge ist man damals nicht gekommen. Man hielt es durchaus für angebracht, den Getreidepreis emporschnellen zu lassen auf Kosten des Konsums, wobei der Zwischenhandel einen großen Teil des Gewinnes eingeheimst hätte. Ein erheblicher Teil des Börsenvorstandes huldigte damals ganz falschen manchesterlichen Anschauungen, wollte von einem Eingriff in die natürliche Bewegung der Preise nichts wissen, trotzdem sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ganz gewaltig verschoben hatte. Gegen die Spekulanten wurde nicht eingeschritten, im Gegenteil, der Börsenvorstand sah untätig den ganzen Vorkommnissen zu, die, wie sich später gezeigt hat, für das deutsche Börsenwesen von verderblicher Wirkung waren. Das zwang die Regierung zum Einschreiten. Sie drohte zunächst durch die ihr nahestehende Presse mit der Einführung von Höchstpreisen. Aber es zeigte sich, daß diese Drohung nicht den gewünschten Erfolg hatte, im Gegenteil, die Preise stiegen andauernd weiter, und so mußte denn die Regierung gesetzliche Vorschriften erlassen, die auf eine Preisbegrenzung für Getreide hinausliefen. Wiederum mußte die Regierung um eine schlechte Erfahrung reicher werden. Hatte man vorher geglaubt, sich auf den Handel verlassen zu können, so mußte man jetzt einsehen, daß der Handel selbst nicht einmal Gesetze respektierte. Zwar gab es auch an der Berliner Getreidebörse Firmen, die sofort bei Bekanntwerden der Höchstpreise ihre geschäftliche Tätigkeit einstellten, da sie mit denjenigen, die die Höchstpreise ständig überschritten, nicht in Wettbewerb treten wollten. Das waren aber nur sehr wenige, die übrigen Händler trieben ein munteres Spiel und überboten sich gegenseitig in der „Technik“ der Überschreitung der Höchstpreise. Schließlich kam es dahin, daß am Getreidemarkt überhaupt kaum noch ein Geschäft abgeschlossen wurde, das den gesetzlichen Anforderungen entsprach. Fast jedes Geschäft bedeutete einen Verstoß gegen die bestehenden Verordnungen. Es wurden fast nur Abschlüsse unter Umgehung der Höchstpreise bekannt. Es ist heute noch unverständlich, weshalb der Vorstand der Berliner Börse nicht

ein einziges Mal gegen diese notorischen Gesetzesverlezer eingeschritten ist. An Material wird es sicherlich nicht gefehlt haben; denn man scheute sich an der Produktenbörse nicht, die Namen derer offen auszusprechen, die die Gesetze ständig übertraten. Ja es herrschte sogar ein förmlicher Wettbewerb in der Art, wie man die gesetzlichen Bestimmungen umging. Im Juniheft der Zeitschrift „Das neue Deutschland“ habe ich einige der wesentlichsten Arten der Gesetzesübertretungen aufgezählt, die dadurch erfolgten, daß man besondere Qualitätsvergütungen erstattete, Säcke doppelt bezahlte und dergleichen. Die Tatsache, daß solche Geschäfte täglich in breiter Öffentlichkeit der Börse abgeschlossen und bekannt wurden, ohne daß die Disziplinarbehörden der Börse dagegen einschritten, läßt gewisse Schlußfolgerungen zu, die hier nur angedeutet werden können.

Man hat in der letzten Zeit darauf hingewiesen, daß gerade im Metallhandel so erheblich viele Überschreitungen erfolgt sind, die eine strafrichterliche Ahndung gefunden haben. Da nun verhältnismäßig wenige Getreidehändler den Strafrichter während des Krieges beschäftigt haben, so wollte man daraus den Schluß ziehen, daß im Metallhandel besonders viele Sünder an der Arbeit waren, im Gegensatz zum Getreidehandel. Diese Schlußfolgerung ist aber völlig falsch. Die Tatsache, daß im Metallhandel die Zahl der Bestrafungen der Gesetzesübertretungen größer ist als im Getreidehandel, hängt nicht damit zusammen, daß der Getreidehandel weniger Verstöße gegen das Gesetz begangen hat, als der Metallhandel. Der Grund hierfür ist vielmehr darin zu suchen, daß bei den Metallhändlern nachträglich Revisionen der Bücher erfolgten, bei denen festgestellt wurde, wo Überschreitungen der Befugnisse eingetreten sind, die alsdann zur Anzeige gelangten. Beim Getreidehandel sind solche Revisionen nicht vorgenommen worden und daher erklärt sich auch die verhältnismäßig geringe Zahl des strafrichterlichen Einschreitens.

Die ständige Ueberschreitung der Höchstpreise zwang die Regierung zum zweiten Male einzuschreiten. Es blieb kein anderer Ausweg, als die Verstaatlichung des ganzen Getreidehandels und die Ausschaltung der privaten Initiative. Für diesen Weg sprachen u. a. auch die Gründe der Sparsamkeit im Verbrauch. Der Handel bot keine Möglichkeit, rationell innerhalb der Kriegswirtschaft zu arbeiten oder gar die Vorräte gleichmäßig zu verteilen. Das Höchstpreis-System hatte beim freien Handel Schiffbruch gelitten und die Gefahren, die daraus folgten, mußten eine Lehre bieten. Eine Verteilung der Vorräte in gleichen Mengen unter die Verbraucher war aber um so notwendiger, als sonst die Gefahr nahegerückt wurde, daß die Getreidebestände zur Deckung des laufenden Bedarfs nicht ausreichen würden. Nach langen Beratungen entschloß sich die Regierung im Januar 1915 zu einer Monopolisierung des gesamten Getreidehandels. Sie schuf eine Organisation, wie sie die Weltgeschichte nicht kennt: denn die „Kriegsgetreide-Gesellschaft“ erhielt die Aufgabe, ein Volk von 68 Millionen Menschen mit Getreide und Mehl zu versorgen und

zwar so, daß jeder im Deutschen Reiche das gleiche Quantum erhält. Im Gegensatz zu vielen anderen Kriegs-Organisationen muß man bei der Kriegsgetreide-Gesellschaft feststellen, daß hier für die Leitung die richtigen Männer gefunden wurden. Man gewann einen Fachmann, der der Situation gewachsen war und dem es gelang, zusammen mit amtlichen und privaten Mitarbeitern das große Werk zu vollenden. Wenn man heute auf das zurückblickt, was die Kriegsgetreide-Gesellschaft, die jetzige „Reichsgetreidestelle“, geleistet hat, so muß man sagen, daß die Aufgabe, die das Reich sich gestellt hat, vollinhaltlich gelöst ist. Nach Überwindung einiger Kinderkrankheiten, die unvermeidlich waren, funktionierte der Apparat ausgezeichnet. Es gelang, mit den vorhandenen Beständen nicht nur auszureichen, sondern darüber hinaus sogar noch einen Vorrat zu erübrigen, was man in früheren Zeiten nicht für möglich gehalten hätte.

Die Monopolisierung des Getreideverkehrs durch die Reichsgetreidestelle brachte, wie es in der Natur der Sache liegt, die Lahmlegung des privaten Handels mit sich. Eine Betätigungsmöglichkeit für ihn war nicht vorhanden. Das mag man im Hinblick auf die zahlreichen Angestellten, die im Getreidehandel tätig sind, bedauern. Aber wer einmal gründlich die Frage der Versorgung des Deutschen Reiches während des Krieges prüft, kann zu keinem anderen Resultat kommen, als zu dem Wege, den die Regierung eingeschlagen hat. Würde man, wie das in der letzten Zeit häufig verlangt wird, jetzt den freien Handel wieder einführen, so wäre die Folge davon, daß zunächst das jetzige Preisniveau nicht mehr gesichert ist, denn die Händler würden sich beim Einkauf gegenseitig überbieten. Außerdem wäre es nicht möglich, den Verbrauch so rationell zu regeln, wie es die Kriegswirtschaft verlangt. Die Ausschaltung des Getreidehandels erfolgte unter dem Zwang der Verhältnisse und wenn man heute zurückblickt auf die Schwierigkeiten, die die Versorgung verursachte, so muß man zugeben, daß der freie Handel die Aufgabe nicht so gelöst haben würde, wie es das staatliche Monopol getan hat.

